



**mouvement
écologique**

2 Joer CSV-DP Regierung:

Wou sti mir?

Wou geet d'Rees am

Nohaltegkeetsberäich hin?

Premierminister Luc Frieden stellte sich und seiner Regierung rezent eine positive Bilanz der ersten zwei Jahre der Regierungsarbeit aus.

Leider ergibt die Analyse der Plattform *Mecoskop* des Mouvement Ecologique ein ganz anderes Bild (www.mecoskop.lu). Auf dieser werden 77 zentrale Versprechen der CSV-DP Regierung aus dem Koalitionsvertrag im Bereich der nachhaltigen Entwicklung auf ihre Umsetzung hin bewertet. Die ernüchternde Bilanz nach 2 Jahren aus dieser Hinsicht: Von den 77 Regierungsaussagen

- wurden 38 nicht angegangen;
- befinden sich 38 in einer ersten Phase der Umsetzung;
- eine einzige in einer fortgeschrittenen Phase der Umsetzung;
- keine Maßnahme wurde integral umgesetzt.

Es ist zu verstehen, dass nach zwei Jahren nur die wenigsten Versprechen bereits umgesetzt sein können. Absolut nicht verständlich ist aber, warum zumindest nicht bereits mehr Vorgaben des Koalitionsvertrages angegangen wurden. Dass sich die Hälfte der im Mecoskop aufgenommenen Maßnahmen noch im Stadium des „kein Vorankommen“ befinden, ist sehr bedenklich. Ebenso hätte man erwarten können, dass sich verstärkt Projekte in einer fortgeschrittenen Phase der Umsetzung befinden würden. Denn es ist gewusst, dass die ersten zwei Jahre einer Regierungsarbeit besonders wichtig sind, damit Projekte auch eine reelle Chance haben im Laufe der Koalitionsperiode verwirklicht zu werden.

Demnach muss man leider sagen: diese Regierung wird derzeit ihren selbst gesteckten Ansprüchen (noch) nicht gerecht. Sie setzt im Bereich der nachhaltigen Entwicklung (noch) nicht ausreichend das um, was sie den Wähler:innen in Aussicht gestellt hat.

Hervorzuheben ist, dass diese Situation umso problematischer ist, da das Koalitionsabkommen ja bereits zahlreiche unabdingbare Instrumente im Sinne der Nachhaltigkeit nicht aufgegriffen hat (u.a. eine nachhaltige Steuerreform). Werden dann die verbleibenden Instrumente, die bereits eine Abschwächung der Notwendigkeiten darstellen, nicht oder nur zögerlich umgesetzt, so ist dies höchst problematisch für die Zukunft Luxemburgs.

Anmerkung: Der Mouvement Ecologique hat den Stand der Umsetzung nach bestem Wissen und Gewissen wiedergegeben. Dabei ist nicht auszuschließen, dass dem Mouvement Ecologique die eine oder andere Umsetzung einer Aussage des Koalitionsabkommens nicht bekannt ist. Dies wird umgehend nachgebessert, falls entsprechende Informationen vorliegen. Doch einzelne punktuelle Entwicklungen dürften nichts am Gesamtbild der Regierungsarbeit ändern.

Mouvement Ecologique asbl
6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg

Tel: 439030-1
meco@oeko.lu
meco.lu - www.mecoskop.lu

1. Zentrales Manko: Die problematische Einstellung der Regierung zu den aktuellen sozialen und ökologischen Herausforderungen

Die Regierung führt immer wieder an, sie würde eine Politik gestalten, in der sie die Menschen „mitnehmen wolle“. Das klingt erst einmal gut. Aber wer sich ihre nach eigenen Aussagen „pragmatische“ Politik genauer ansieht, der erkennt, dass es sich in zu weiten Zügen um eine rhetorische Floskel handelt.

Denn: **Die Regierung NIMMT DIE MENSCHEN NICHT MIT!** Sicherlich: wenn die Vorfinanzierung für Solaranlagen endlich erfolgt oder der Eigenkonsum von Solarstrom gefördert wird, ist dies positiv. Ebenso wenn ein Wettbewerb ausgeschrieben wird, in dem einzelne Initiativen für mehr Grün in den Gemeinden gefördert werden oder eine Klimaadaptationsstrategie entwickelt wird. Aber einige gute – vielfach punktuelle – Maßnahmen erlauben es keineswegs, die Aussagen der Regierungserklärung mit Leben zu füllen oder zu belegen, dass die Regierungsarbeit sicherstellt, dass Luxemburgs Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell im Einklang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung gestaltet wird! Eine Politik, die sicherstellt, dass Luxemburg nicht als zweites Land weltweit den „Overshootday“ (nach Qatar) bereits im Februar erreicht!

Die große Frage ist dabei aber vor allem: WOHIN will diese Regierung die Menschen eigentlich mitnehmen? Diese Antwort bleibt die Regierung schuldig, z.B. im Bereich des Schutzes der Biodiversität oder der nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft.

Der Mouvement Ecologique würde es ausdrücklich begrüßen, wenn die Regierung die erforderlichen Transformationen positiv belegen, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen fußende Ziele benennen und die erforderlichen Rahmenbedingungen für deren Umsetzung sozialverträglich gestalten würde. Darüber müsste an sich u.a. in diesen Bereichen ein offener Austausch stattfinden.

Es gibt ausreichende positive Botschaften zu vermitteln, wohin die Reise führen müsste/muss und warum die sozial-ökologische Transition anstrebenswert ist:

- Diese ist aus wissenschaftlicher Sicht zuerst einmal unabdingbar, wenn wir angesichts auch der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung Luxemburgs unsere eigenen Lebensgrundlagen nicht zerstören wollen;
- Durchgrünte Ortschaften im Rahmen von kommunalen Grünkonzepten (!) machen diese lebenswerter, fördern den

Zusammenhalt und sind auch wichtig aus Sicht der Klimaanpassung und des Gesundheitsschutzes;

- Wenn uns jetzt die Energietransition auf allen Ebenen gelingt, u.a. auch im Bereich der Wärmeplanung, werden wir unabhängiger von Gas- und Stromimporten, deren Preise wir nicht beeinflussen können und welche uns zudem weniger abhängig von geopolitischen Spannungen machen – dies ist im Interesse aller, auch der Wirtschaft;
- Jetzt auf Biolandbau und verbesserte Verarbeitungsstrukturen zu setzen, gibt den Landwirten eine sichere Zukunftsperspektive, sie werden weniger abhängig vom globalen Weltmarkt und schützen verstärkt unsere Umwelt- und ihre Produktionsgrundlagen;
- Der Erhalt der Biodiversität ist nicht nur eine Frage des Erhalts unserer Mitwelt sowie der Lebensqualität, sondern ebenfalls aus wirtschaftlicher Sicht ein Must – sie ist die Basis von ökonomischen Leistungen, u.a. für Landwirtschaft und Tourismus;
- Weniger Konsum, mehr Verteilungsgerechtigkeit, Ressourcen schonen u.a.m. erhöht aber ebenfalls das Wohlbefinden und eine bessere soziale Verteilung des Reichtums reduziert soziale Spannungen.

Die Liste ließe sich beliebig erweitern. Bedauerlich nur, dass die Regierung diese Ziele und die Umsetzungswege nicht klarer formuliert, alle Akteure - u.a. die Zivilgesellschaft - an der Diskussion beteiligt und die Menschen bewusst und aktiv für diese Lösungen gewinnen will.

Klare Botschaften, wie ein positives Zukunftsbild / eine positive Zukunft im Respekt der Grenzen der Ökosysteme aussehen kann und warum dies notwendig ist, gibt es kaum.

Nein: unter dem Schlagwort des „die Menschen mitnehmen“ und „nicht nerven“ - d.h. vielfach auf rein voluntaristische statt strukturelle Maßnahmen zu setzen - versteckt sich größtenteils auch eine Vogelstraußpolitik der aktuellen CSV-DP Regierung in einem gewissen Sinne eine Politik des „business as usual“.

Dabei muss Politik gestalten. Dies tut diese Regierung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung derzeit nicht in ausreichendem Masse!

2. Kurz- bis mittelfristige Wirtschaftsinteressen im Fokus – fehlendes Ökologieverständnis

In der Presse wird Premierminister Luc Frieden gerne als „CEO“ tituliert. Leider skizziert dieser Bezeichnung auch die Arbeit der Regierungsarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung recht treffend. Denn: die gesamte Regierungsarbeit scheint der kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung alles andere unterordnen zu wollen. Einzelne ökologische Maßnahmen ja, aber nur solange sie nicht problematisch für kurzfristige Wirtschaftsinteressen erscheinen.

Dem Mouvement Ecologique ist durchaus bewusst, dass es gerade in diesen Zeiten eine Herausforderung ist, den Wirtschaftsstandort Luxemburg zu festigen. Jedoch: mittel- bis langfristig hat dieser nur eine Chance, wenn der erforderliche Umbau der Wirtschaft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erfolgt. In diesem Sinne melden sich auch immer mehr Industrieverbände zu Wort wie der „Bundesver-

band nachhaltige Entwicklung zum EU-Omnibus-Gesetz: „Europaweit bestätigen 48% der Befragten einen langfristigen Wettbewerbsvorteil durch Nachhaltigkeitsstandards. 53% erwarten eine Stärkung der europäischen Zulieferindustrie durch ambitionierte Sorgfaltspflichten.“

Aber diese Sichtweise hat die Regierung allem Anschein nach nicht übernommen. Vielmehr scheint das Motto zu sein: Wachstum für die Wirtschaft als oberstes Ziel. Und um dieses Primat der Wirtschaft über alles etwas „schön zu reden“, wird beigefügt: denn nur so, können wir uns überhaupt noch eine soziale und ökologische Politik leisten.

Die Regierung scheint gefangen in dieser veralteten Denkweise. Es ist doch geradezu absurd, dass man zuerst die Zerstörung der Lebensgrundlagen vorantreiben will, um sie dann besser schützen zu können? Und

außerdem: Krisen sind wohl die neue Normalität. Wenn in Krisenzeiten die alleinige These ist, Wachstum wäre die Rettung, dann befinden wir uns in einer Spirale, die langfristig keine Probleme löst. Sicherlich ist das Wachstum bestimmter Segmente wie der erneuerbaren Energien, der Kreislaufwirtschaft sinnvoll, nicht aber das Wachstum als Selbstzweck mit einer Zunahme des Konsums, des Ressourcenabbaus, des zunehmenden Energieverbrauchs usw. Statt mehr Wachstum, können auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit ein Teil der Lösung sein.

Jeder Tag, an dem unser Wirtschaftssystem nicht graduell im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und des Respektes der planetaren Grenzen umgestaltet wird, ist ein verlorener Tag. Er erhöht nur den Handlungsdruck, die Transition in der Zukunft noch schneller und mit größeren Brüchen hinkriegen zu müssen – denn, dass unsere Wirtschaft in Zukunft verstärkt den Naturgesetzen Rechnung tragen muss, steht unweigerlich fest. Die Frage ist nur: wann wird die Transition in die Wege geleitet und bekommt man das nun „fließend“ hin oder werden spätestens in 10-20 Jahre einschneidende Brüche notwendig sein.(Zur Erinnerung, wäre der Ausstieg aus den fossilen

Energien früher eingeleitet worden, wie dies u.a. zahlreiche NGOs und progressive Ökonomen und Betriebe einforderten, wären wir nicht in dem Ausmaß im Energiebereich den Auswirkungen des Ukrainekrieges ausgesetzt).

Kommt hinzu: Man gewinnt den Eindruck, als ob die Regierung glauben würde, die Naturgesetze könnten sich dem Wirtschaftssystem unterordnen! Ein Trugschluss, ebenso wie die Hoffnung, die Klimaveränderung und der Artenverlust könnten kurz Pause machen, da uns die erforderlichen Reformen zum Schutz gerade „ungelegen“ kommen und wir andere Krisen zu bewältigen hätten .

Das Denken mancher Regierungsmitglieder ist geprägt davon, dass Wirtschaft „Realpolitik“ ist und andere sektorielle Politiken bestimmen müsste. Das Gegenteil ist der Fall: Ökologischen Belangen die Priorität zu geben ist Realpolitik, die schlichtweg den Naturgesetzen Rechnung trägt und somit sicherstellt, dass die Zukunft nächster Generationen überhaupt noch eine Basis hat.

Zitiert sei aus dem “Avis de la Cour des comptes sur le projet de budget de l’Etat pour l’exercice 2026”

“Pertes économiques

Selon l’Agence européenne pour l’environnement (AEE)⁶⁰, les catastrophes climatiques (tempêtes, précipitations intenses, inondations) ont généré un coût total de 1.409 millions d’euros en pertes économiques pour le Luxembourg sur la période 1980-2024. La majorité de ces dommages financiers (1.120 millions d’euros) est attribuable aux tempêtes, à la grêle et aux précipitations intenses. Les inondations, qu’elles soient fluviales ou pluviales, représentent les 289 millions d’euros restants. Il est à noter qu’aucune perte économique directe n’a été recensée dans le rapport pour les canicules, les sécheresses ou les épisodes de gel.

Compte tenu de sa superficie, le Luxembourg n’a, de fait, pas enregistré les pertes économiques les plus importantes en termes absolus. Néanmoins, en termes relatifs, le pays se positionne parmi les plus impactés.

Plus précisément, il se classe au troisième rang de l’Union européenne pour les pertes économiques par km², s’établissant à 543.089 euros/km². Il est devancé par la Belgique (600.130 euros/km²) et la Slovaquie, cette dernière occupant la première place avec 911.559 euros/km².

De surcroît, le Luxembourg se positionne au deuxième rang s’agissant des préjudices économiques par habitant, enregistrant un montant s’élevant à 2.980 euros par résident.”

3. Mit rein punktuellen Maßnahmen werden die Ziele zum Erhalt der Lebensgrundlagen sowie einer positiven Zukunftsgestaltung nicht erreicht

Wer die Analyse des Mecoskop durchsieht, der erkennt: es ist nicht so, als ob sich nichts tun würde. Die Vorfinanzierung im Bereich der Solarenergie wird angegangen, auch der Ausbau der Tram bzw. der schnellen Tram geht voran (wenn auch aufgrund diverser Abänderungen an ursprünglichen Plänen etwas schleppender), es fanden Vorarbeiten zur EU-Strategie „nature renaturation“ statt, Maßnahmen zur Verbesserung des Schienenverkehrs werden getroffen, punktuelle Projekte zur Durchgrünung der Ortschaften werden gefördert, es wird daran gearbeitet, die Möglichkeiten der Betriebsübernahme im Bereich der Landwirtschaft zu verbessern u.a.m.

Dies ist wohl positiv. Aber: man darf sich nichts vormachen. Diese wichtigen Initiativen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass de facto die getroffenen Maßnahmen insgesamt in keinem Verhältnis zu den Notwendigkeiten stehen. Entscheidend dafür, ob die getroffenen Initiativen ausreichend sind, ist ja nicht, wie sehr sich ein Ministerium bemüht, sondern inwiefern die gesteckten Ziele (im Klima- und Biodiversitätsbereich, Ressourcenschutz u.a.m.) auch erreicht werden.

Fakt ist: diese isolierten Maßnahmen führen nicht dazu, dass u.a.

- das Artensterben in unserer Landschaft oder die problematische Situation der Gewässer durch die heutige landwirtschaftliche Praxis eingedämmt werden konnte;
- die Energietransition ausreichend in allen Sektoren voranginge – mittel- bis langfristig die effektiv erforderliche Reduktion der CO₂-Emissionen erfolgen würde, u.a. auch auf der Ebene der Gebäude oder des Industriesektors;
- eine harmonische Entwicklung des Landes durch eine starke Landesplanung gesichert sei und z.B. die Siedlungsentwicklung, Straßeninfrastrukturen und die Aktivitätszonen nicht weiter den Erhalt der Grünzonen infrage stellen;
- eine Umgestaltung des Wirtschaftssystems und der Produktionsprozesse verstärkt im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erfolgt (betreffend Energieverbrauch und CO₂-Emissionen, Ressourceneinsatz, Kreislaufwirtschaft u.a.m.);

Die Regierungsarbeit bleibt somit noch sehr weit von den Ansprüchen, was im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich ist, entfernt. Luxemburg muss sich in den wichtigen Fragen der Transition weitaus schneller fortentwickeln, da ansonsten unser Land nicht resilient für die Zukunft aufgestellt ist.

Dabei gibt es natürlich positive Ansätze, wie z.B. dass das PIBien-être im Budget 2026 aufgenommen wurde. Grundsätzlich ist es zwar begrüßenswert, dass diese Dimension erstmalig Eingang in das Budget erhalten hat. Nur: dem PIBien-être wurden gerade einmal zwei Seiten gewidmet, quasi als Anhang, ohne jedweden Einfluss auf die Ausgabenpolitik der Regierung, was eigentlich das Ziel sein müsste. So errechnete die Arbeitnehmerkammer, dass nur etwa 14,9 % der Gelder des Staatshaushaltes im Sinne des PIBien-être ausgegeben werden. Außerdem sind die 5 (!) ausgewählten Indikatoren zur Bewertung des PIBien-être äußerst fragwürdig und wenig aussagekräftig. Für den Um-

weltbereich z.B. wurde der Anteil an Feinpartikeln in der Luft gewählt. So wichtig deren Reduktion ist: diese Belastung steht keineswegs stellvertretend für die eigentliche Problematik.

Anderes Fallbeispiel: Die CO₂-Emissionen und die Einhaltung der verbindlichen Reduktionsvorgaben. Luxemburg erreicht derzeit, so betont es die Regierung immer wieder, die Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Aber Fakt ist, dass diese nicht im erforderlichen Ausmaß zurückgehen und besonders in zwei Sektoren der große Rückstand sich jährlich verschärft – bereits verankerte Ziele in diesen zentralen Sektoren (u.a. Industrie) scheinen sogar teilweise in Frage gestellt zu werden. Eine ehrliche Diskussion der Umsetzung, die auch dazu führen könnte, dass man offen darüber sprechen kann, welche Nachbesserungen am Klima- und Sozialplan getroffen werden müssen, sieht anders aus.

4. Ein Ministerium für Umwelt, Biodiversität und Klima mit schwachem politischen Stellenwert - fehlende Integration ökologischer Fragen in sektorielle Ministerien

Umweltminister Serge Wilmes übernahm Presseberichten zufolge eine positive Rolle bei der Weltklimakonferenz COP30 in Belém. Diese Haltung ist zu begrüßen.

Doch in Luxemburg selbst ist es nicht möglich zu sagen, in welchen Bereichen die Umweltpolitik innerhalb der ersten zwei Jahre der Regierungsarbeit eigentlich reell vorangebracht wurde. Oder auch, welche Ziele, Prioritäten und Akzente das Umweltministerium in der verbleibenden Legislaturperiode setzen möchte.

Im Gegenteil: man gewinnt den Eindruck, als ob das Umweltministerium bei relevanten Themen, bei denen andere sektorielle Ministerien betroffen sind, regelmäßig die Verliererkarte zieht. Reform der Landwirtschaftspolitik, Stopp der weiteren Versiegelung des Bodens und der Zerschneidung der Landschaft, Stärkung des Erhaltes der Biodiversität, Erstellung eines juristischen Rahmens für den Bodenschutz ... die Stimme des Umweltministeriums ist national kaum vernehmbar.

Es mangelt diesem Umweltministerium schlichtweg an Profil. Dem aktuellen Umweltminister dies (allein) anzulasten, dürfte ungerecht erscheinen. Vielmehr müsste eine Integration der Umweltpolitik in alle Regierungsressorts erfolgen, denn nur so kann die sozial-ökologische Transition gelingen. Erforderlich wäre eine Regierungsentscheidung, damit das Umweltministerium verstärkt den Auftrag erhält, eine Integration ökologischer Fragestellungen in sektorielle Politiken zu begleiten und entsprechend verstärkt in deren Arbeiten aktiv im Vorfeld eingebunden wird.

Es scheint, als kämen Dossiers dann voran, wenn sie recht klar in der Kompetenz eines Ministeriums liegen würden. Wirtschaftsminister Lex Delles treibt den Ausbau der Solarenergie voran, Transportministerin Yuriko Backes den Ausbau des öffentlichen Transportes. Aber dann: wenn mehrere Regierungsmitglieder betroffen sind (Stichwort Kreislaufwirtschaft) und es ggf. noch divergierende Interessen gibt (Stichwort Reduktion des Pestizideinsatzes), ist die Situation eine andere. Dies obwohl die Regierungsmitglieder gerne in der Öffentlichkeit von guter Zusammenarbeit sprechen ... die Fakten zeigen, die Realität ist eine andere.

Immer dann auch, wenn strukturellere – weitreichendere Maßnahmen erforderlich sind (die eine Integration in andere Politikbereiche bedingen), fehlt es an Schlagkraft und Durchsetzung. Stichworte sind: Stärkung der Landesplanung (Ist dies überhaupt noch ein Thema der aktuellen Regierungspolitik?), konsequente Förderung des Biolandbaus, Energietransition auch auf betrieblicher Ebene (die CO₂-Emissionen im Industriesektor weisen derzeit eine steigende Tendenz); Vorschriften zum Bau von Solaranlagen, Förderung der Kreislaufwirtschaft ... tut sich wenig. Sogar die Europäische Umweltagentur erteilt Luxemburg z.B. eine schlechte Note bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft.

5. Ein gewisser Dialog mit der Zivilgesellschaft ist gegeben – aber ein reeller lösungsorientierter Austausch verlangt mehr

Der Mouvement Ecologique ist in einer ganzen Reihe von staatlichen Begleitgremien vertreten und bringt sich in diesen positiv und konstruktiv ein. Der Mouvement Ecologique erstellt ebenfalls regelmäßig konkrete Vorschläge und Anregungen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung (im Rahmen von Gesetzesgutachten u.a.m.). Gerade für den Mouvement Ecologique ist es wichtig - neben der kritischen Begleitung von gesellschaftlichen Entwicklungen - auch immer wieder positive Anregungen und Zukunftsvisionen auszuarbeiten und zu vermitteln. z.B. im Bereich der Durchgrünung der Ortschaften, der Vereinfachung von Prozeduren im Naturschutzgesetz, des Klimaplanes bzw. seiner sozialverträglichen Umsetzung u.a.m..

Aus diesem Verständnis heraus einen offenen Austausch zwischen allen Akteuren zu fördern, sucht der Mouvement Ecologique auch regelmäßig das Gespräch mit Ministerien und Verwaltungen. So hatte der Mouvement Ecologique einen Austausch mit diversen Regierungsmitgliedern und die bisherigen Gespräche fanden auch durchweg in einem positiven Klima statt.

Ebenso hat der Mouvement Ecologique in diversen Dossiers eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, vor allem auf der Ebene des Klima- und Sozialplanes, für welchen gemeinsame Vorschläge entwickelt wurden.

Andererseits sollte dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein strukturierter Dialog mit der Zivilgesellschaft in zentralen Bereichen fehlt. Dies ist vor allem bedauerlich betreffend Umweltminister Serge Wilmes sowie Landwirtschaftsministerin Martine Hansen sowie auch Landesplanungsminister Claude Meisch.

Mit Umweltminister Serge Wilmes fanden in den letzten 2 Jahren insgesamt nur 2 Unterredungen statt (zusätzlich zu einem gemeinsamem Austausch mit Minister Lex Delles zum Klima- und Sozialplan). Eine weitere steht seit Monaten im Raum, erfolgte aber bis dato nicht.

Ein reeller Diskurs über wichtige Dossiers mit Regierungsmitgliedern, wie z.B. zur Reform des Naturschutzgesetzes, erfolgte bisher in keiner Form. Landwirtschaftsministerin Martine Hansen führte ihrerseits im Rahmen der ersten und einzigen Sitzung an, ihr wäre nicht an einem regelmäßigen Austausch gelegen. Deshalb ist z.Z. ein konstruktiver Austausch, wie Belange des Biodiversitätsschutzes und der Landwirtschaft zusammengebracht werden können, leider nicht gegeben.

Es sei darauf hingewiesen, dass der Mouvement Ecologique sich bereits seit Jahren für einen derartigen offenen Diskurs zwischen allen Akteuren, initiiert vom Umwelt- und vom Landwirtschaftsministerium, einsetzt. Einzig Wirtschafts- und Energieminister Lex Delles trat in der Vergangenheit im Rahmen eines kontinuierlichen Austausches an den Mouvement Ecologique heran.

Zur Diskussion steht dabei nicht, wie die Regierung im Spezifischen zum Mouvement Ecologique steht. **Aber: es stellt sich grundsätzlich die Frage, wie die Regierung den konstruktiven Dialog und Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sieht.** Wie wichtig und wertvoll er das Wissen, die Kompetenz und die Lebendigkeit der Zivilgesellschaft einschätzt und diese entsprechend auch proaktiv einbindet. Und wie auch eine Unterredung zu einem realen Austausch mit Argumenten führen kann, so dass die Meinung auch eines Mouvement Ecologique ggf. Eingang in ein Regierungsprojekt finden kann. Dabei ist es bedauerlich, dass im Koalitionsabkommen vorgesehene Maßnahmen (siehe Mecoskop: Promotion des Ehrenamtes und diverse Initiativen zu dessen Förderung) nicht oder kaum angegangen wurden.

Die Regierung spricht gerne von Bürger:innenbeteiligung. Dies hat seine Berechtigung. Tausende von Menschen sind direkt in NGOs engagiert. NGOs bemühen sich, aus der Vielfalt der Ideen ihrer Mitglieder konstruktive Vorschläge für die Entwicklung der Gesellschaft einzubringen.

Müsste die Regierung nicht zuvorderst alles tun, um diesen Quell an Wissen, Engagement, Energie und Kreativität zu nutzen? Nicht-Regierungsorganisationen können sich, im Unterschied zur Mehrzahl der eher punktuellen Bürgerbeteiligungsprozesse, auch struktureller einbringen, wenn Regierungsentscheidungen anstehen. Bevorzugt es die Regierung vielleicht deshalb, lose Beteiligungsprozesse vorzuziehen?

MECOSKOP

6. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus: Deregulierung – in Luxemburg und auf EU-Ebene

Die Bilanz der ersten zwei Jahre der Regierungsarbeit ist aber noch problematischer: Leider arbeitet die Regierung nicht nur bei weitem nicht ausreichend an konkreten Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung, sondern ist auch noch dabei, Rückschritte in die Wege zu leiten.

Unter dem Deckmantel des sicher in Teilen berechtigten Bürokratieabbaus und dem Motto „more incentives, less rules“ erfolgt eine Deregulierung auf Kosten der nachhaltigen Entwicklung. Dies ist sowohl für Luxemburg als auch auf EU-Ebene eindeutig der Fall.

Einige Beispiele:

- **Reform des Naturschutzgesetzes im Rahmen von „Méi a méi séier bauen“:** Die Regierung führt an, sie würde mit dem Reformtext administrative Hürden abbauen, um das Bauen zu beschleunigen und derart das Problem von mangelndem Wohnraum anzugehen. Dabei führen sogar zentrale Akteure aus der Bauwirtschaft an, es wären nicht primär und höchstens in isolierten wenigen Fällen die Bestimmungen des Naturschutzgesetzes, die das Hauptproblem bei der Umsetzung von Bauprojekten darstellen würden. Andere Hürden wären weitaus grundsätzlicher (z.B. die Finanzlage der Gemeinden, private Besitzverhältnisse u.a. ...). Auch führen andere wiederum an, der Fokus müsse auf den Renovierungen von Bestandsbauten liegen, dabei würde sich weitaus schneller Wohnraum mobilisieren lassen. Doch die Regierung hält bis dato an der Novellierung des Naturschutzgesetzes fest und behauptet auch noch fälschlicherweise, von dieser Deregulierung würde die Natur profitieren. Als ob nicht das wissenschaftliche Begleitgremium des Ministeriums (*Observatoire de l'environnement naturel*) neben den Umweltorganisationen und sogar der Architektenkammer (OAI) vor den negativen Folgen für die Biodiversität und der Durchgrünung der Ortschaften gewarnt hätte. Dabei legt der Mouvement Ecologique seit Monaten z.T. Jahren konkrete Alternativvorschläge auf den Tisch um real existierende Probleme zu beheben, ohne zu einer weiteren Zerstörung von Grünflächen und Biodiversität zu führen.

- **Mercosur-Abkommen:** Noch vor Jahren äußerten sich die Parteien dieser Regierung sehr kritisch gegenüber dem Mercosur-Abkommen, dem Abkommen Europas mit den südamerikanischen Staaten. Heute nun wandelte sich die Haltung der Regierung um 180°, ohne dass jedoch fundamentale Abänderungen am Text des Abkommens durchgeführt wurden, zum Unterstützer – dies auf Kosten von ökologischen und sozialen Standards und letztlich auch gegen unsere mittelständischen luxemburgischen Landwirte;

- **Reduktion des Pestizideinsatzes:** Die Landwirtschaftsministerin betont immer wieder, dass die Vorschriften zum Verbot oder zur Reduktion des Pestizideinsatzes machbar für die Landwirte sein soll. Das Resultat: Auf EU-Ebene gehört Luxemburg bei weitem nicht zu jenen Ländern, die sich für eine stärkere Regulierung - und parallel einer verstärkten Förderung der Alternativen - stark macht, obwohl eine hohe Anzahl an Pestiziden in konventionell hergestellten Lebensmitteln, in Luft, Boden und Wasser, in Bienenpollen und sogar in Kinderhaaren in Luxemburg festgestellt werden können.

- **Lieferkettengesetz, Schutz des Wolfes, Entwaldungsgesetz, New Green Deal,** Die Liste der Beispiele, in denen Luxemburg sich im sehr Konkreten auf die Seite der Bremser stellte, lässt sich fortsetzen. Dies relativiert dann auch in etwas den doch so positiven Einsatz von Umweltminister Serge Wilmes auf der COP in Bélem: Wenn es ernst wird auf EU-Ebene, wenn wir als Luxemburg wirklich eine konkrete Rolle bei Entscheidungen spielen könnten und müssten, stehen wir all zu oft „auf der falschen“ Seite der Geschichte und sprechen uns gegen klare Vorgaben im Sinne der nachhaltigen Entwicklung aus.



Die Regierung sagt sie wolle die Menschen nicht „nerven“ und sie „mitnehmen“. Die Frage ist aber: Wohin? Wie will die Regierung Luxemburg nachhaltiger, also auch resilient für die Zukunft und lebenswert für die Menschen, gestalten? Und mit welchen Instrumenten?

FAZIT

Wenn eine Regierung nur knapp die Hälfte ausgewählter wichtiger Aussagen des Koalitionsvertrages im Bereich der nachhaltigen Entwicklung überhaupt angegangen hat, so kann dies nur zu einer negativen Bewertung der Regierungsarbeit führen.

Diese Regierung muss endlich einen ehrlichen Diskurs darüber führen, wohin die Reise Luxemburgs gehen soll, damit wir auch im Respekt der Grenzen dieses Planeten leben und der kommenden Generationen nicht zu viele Bürden, sondern ein „lebenswertes Luxemburg“ hinterlassen. Im heutigen Pragmatismus mit allen negativen Konsequenzen verharren: Nein!

Diese Regierung hat rezent eine Strategie vorgestellt, wie Luxemburg „resilienter“ gestaltet werden kann. Nur untergeordnet wird dabei auch die Frage gegriffen, wie Luxemburg „resilienter“ im sozialen und ökologischen Bereich aufgestellt werden muss. Damit das Wachstum nicht die Grenzen der natürlichen Ressourcen (Wasser, Boden, Biodiversität, Klima ...) überschreitet, soziale Ungleichheiten nicht zu mehr Spannungen führen u.a.m..

Dies bedeutet auch, dass wir ein **Umweltministerium mit Profil** erhalten müssen, eine **Integration ökologischer Aspekte in alle sektoriellen Ministerien** erfolgt und die **Kooperation zwischen Ministerien** optimiert wird.

Es bedeutet aber auch, dass **nicht mehr rein wirtschaftliches Denken** in diesem Ausmaß alleiniger Taktgeber politischer Entscheidungen im Tagesgeschäft ist, sondern der langfristige Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie das Wohlbefinden der Menschen. Insofern gilt es ja zu sagen zu reellem Bürokratieabbau, aber **nein zu einer Deregulierung unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus.**

Um dies zu erreichen, muss auch die **Kreativität und dem Wissen der Nichtregierungsorganisationen und der Bevölkerung** ein reeller Stellenwert beigemessen werden.

Dies ist nicht zuletzt auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der Politik, die auch zur Stärkung des Vertrauens der Bürger:innen in die Politik und deren Handlungsfähigkeit führen würde.



MECOSKOP

Monitoring der Umsetzung des Regierungsprogrammes



**mouvement
écologique**



HOME

ZIELE DES MECOSKOP

ANGEWANDTE KRITERIEN

BEWERTUNG
REGIERUNGSVERSPRECHEN

- INTERNATIONALES / EU
- NACHHALTIGE ENTWICKLUNG - WIRTSCHAFT
- DEMOKRATIE
- KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK
- LANDESPLANUNG / SIEDLUNGSENTWICKLUNG
- WOHNEN UND BAUEN
- MOBILITÄT
- NATURSCHUTZ / BIODIVERSITÄT
- WASSERWIRTSCHAFT
- LANDWIRTSCHAFT
- UMWELTPOLITIK

ANREGUNGEN DES MOUVEMENT
ÉCOLOGIQUE FÜR DIE
LEGISLATURPERIODE 2023-2028

HOME



Liebe Besucherin, lieber Besucher,

Wir freuen uns, dass Sie sich für das «Mecoskop» des Mouvement Écologique interessieren.

Im Mecoskop werden 77 zentrale Versprechen im Bereich nachhaltige Entwicklung aus dem Regierungsabkommen aufgegriffen und ihr Stand sowie die Qualität der Umsetzung aus Sicht des Mouvement Écologique bewertet.

DAS INSTRUMENT DES MECOSKOP

- ein Gradmesser für die Umsetzung des Regierungsprogrammes

„Der Regierung op d’Fangere kucken“

Setzt die Regierung auch tatsächlich um, was sie im Regierungsprogramm im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in Aussicht gestellt hat? Dies zu begleiten und zu überprüfen, ist das Grundanliegen des „Mecoskop“ in dem 77 Regierungsversprechen im Bereich der „nachhaltigen Entwicklung“ aus dem Regierungsprogramm aufgegriffen werden.

Es erlaubt auf anschauliche Art und Weise darzulegen, inwiefern eine Regierung ihren eigenen Ansprüchen und den gegenüber den Bürger:innen gemachten Versprechen auch gerecht wird.

Das Mecoskop soll aber auch einen Ansporn darstellen, damit Ministerien sich umso mehr herausgefordert fühlen, die relevanten Vorgaben des Koalitionsabkommens umzusetzen.

Wie funktioniert das Mecoskop?

Alle Versprechen werden so objektiv wie bewertet. Zur Visualisierung der Umsetzung in die Praxis dient jeweils eine Art **Barometer der Umsetzung der Maßnahme im Laufe der Legislaturperiode**.



Es werden vier Phasen der Umsetzung unterschieden:



Umsetzung der Maßnahme ist den vorliegenden Informationen nach noch nicht in die Wege geleitet



Umsetzung der Maßnahme ist soweit bekannt in Vorbereitung / wurde angegangen



Umsetzung ist in detaillierter Bearbeitung

Umsetzung ist erfolgt

Zudem wird mit Fotos der Regierungsverantwortlichen jeweils dargestellt, welches Ministerium aufgrund seiner Kompetenzen für die Umsetzung zuständig ist. Wobei aber folgende Anmerkung angebracht sei: Bestimmte Themen und vor allem Instrumente kommen in mehreren Passagen des Regierungsprogrammes vor. Nicht immer ist ersichtlich, welche/s Ministerium/Ministerien für die Umsetzung (federführend) zuständig sind. Die Zuordnung erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen.

Da bei bestimmten Punkten aber augenscheinlich die gesamte Regierung betroffen ist, hat der Mouvement Ecologique einige Versprechen auch derart dargestellt.

Ebenfalls bewertet wird, soweit wie möglich, die Qualität der Umsetzung aus der Sicht des Mouvement Ecologique. Denn es kann durchaus sein, dass ein Versprechen zwar angegangen wurde, die Umsetzung jedoch aus der Sicht des Mouvement Ecologique höchst problematisch ist. Diese Bewertung wird in Form von „Smileys“ dargestellt.

Auf welchen Informationen basiert das Mecoskop?

Die **Bewertung** der Umsetzung von Maßnahmen erfolgt ausschließlich auf der **Grundlage von öffentlich zugänglichen Informationen**, z.B. Verlautbarungen von politisch Verantwortlichen, von (Vor-)Entwürfen von Gesetzen, Reglementen, der Bearbeitung in Gremien (wie u.a. Staatsrat und Abgeordnetenkammer) u.a.m.

Der Mouvement Ecologique hat im Rahmen der Bewertung nur sehr begrenzt zusätzliche Nachfragen an Ministerien und Verwaltungen gerichtet: dies wäre zeitlich und personell auch nicht zu bewältigen gewesen.

Außerdem ist es ja auch die Aufgabe der Regierung, mittels einer guten Kommunikationspolitik dafür Sorge zu tragen, dass die Öffentlichkeit über den Stand ihrer Arbeit regelmäßig informiert wird. Da eine regelmäßige Überarbeitung des „Mecoskop“ erfolgt, kann eine **Aktualisierung** jederzeit nachgeholt werden. Wir sind dankbar für jeden Hinweis der zu einer Vervollständigung der Informationslage führen kann.

Die Erstellung und Aktualisierung des Mecoskop erfordert viel Arbeit und ist somit auch kostenintensiv. Möchten Sie dazu mit einer steuerlich absetzbaren Spende etwas beitragen, so sind wir Ihnen im Voraus sehr dankbar. Die Spendenkonten der Stiftung Ökofonds: CCPL LU96 1111 0734 1886 0000 oder BCEE LU31 0019 1100 4403 9000. Vermerk: MECOSKOP.

Haben Sie Anregungen, Rückfragen ... oder möchten Sie uns über Entwicklungen informieren die nicht berücksichtigt wurden, dann mailen Sie uns: wir sind offen für alle Anregungen: email: meco@oeko.lu - Stichwort: „Mecoskop“